

## Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0095/26

### Titel der Drucksache

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 1273/25 - Mehr Gesundheit dort, wo sie gebraucht wird - für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk

### Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

### Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

- Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben? Ja.
- Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung? Ja.
- Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor? Ja.

### Stellungnahme

Das Gesundheitsamt verweist im Grundsatz auf die Stellungnahme zur DS 1273/25. Gesundheitskioske scheinen sich flächendeckend nicht zu bewähren oder langfristig zu etablieren. Eine Finanzierung ist seitens des Bundes nicht mehr geplant. Für die Stadtverwaltung Erfurt konkret ist insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage, eine Erweiterung freiwilliger Aufgaben nicht vorgesehen.

Zu den einzelnen Beschlussvorschlägen wird wie folgt Stellung genommen:

01

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein zeitlich befristetes Modellprojekt zur Erprobung von Gesundheitskiosk-Angeboten umzusetzen. Ziel ist es, niedrighschwellige Beratungs-, Präventions- und Orientierungsangebote, wie sie für Gesundheitskioske typisch sind, in bereits bestehenden kommunalen oder quartiersbezogenen Einrichtungen in sozioökonomisch benachteiligten Stadtteilen Erfurts zunächst zeitlich begrenzt zu integrieren*

Dieser Auftrag wird bereits im Rahmen des Drosselbergzentrums (DBZ) umgesetzt.

Alle verfügbaren personellen Ressourcen der Fachbereiche Mütter- und Väterberatung, Kinder- und Jugendärztlicher Dienst, Sozialpsychiatrischer Dienst und Kinder- und Jugendzahnärztlicher Dienst bieten seit Dezember 2025 Beratungssprechstunden, Präventionsangebote, Gesundheitsprojekte und Verweisberatungen an. Dies tun Sie gemeinsam mit den weiteren vor Ort angesiedelten Bereichen aus Jugendamt, Sozialamt und freien Trägern.

02

*Für die Umsetzung sind vorhandene Standorte und Strukturen der Stadt Erfurt und ihrer Kooperationspartner zu nutzen. Zusätzliche Anmietungen von Räumlichkeiten oder die Schaffung neuer Personalstellen sind nicht vorgesehen*

Mit dem Drosselbergzentrum wurde die räumliche Struktur in hervorragender Qualität geschaffen. Die aufgezählten weiterführenden gewünschten Angebote sind nicht ohne Personalmehraufwand zu realisieren, da auch bei Einbezug freier Träger und externer Partner umfassende Koordinierungs- und Verwaltungsleistungen erforderlich wären.

03

*Die im Haushaltsjahr 2026 vorgesehenen 10.000 € sind für einen einjährigen Modellversuch einzusetzen. Die Mittel dienen insbesondere der Umsetzung folgender Maßnahmen:*

- *zeitlich begrenzte aufsuchende bzw. dezentrale Gesundheits- und Sozialberatungsangebote in bestehenden Einrichtungen,*
- *mehrsprachige Informations- und Beratungsangebote zu Gesundheit, Prävention, Gesundheitskompetenz und vorhandenen Unterstützungsstrukturen,*
- *Durchführung kleiner niedrigschwelliger Präventions- und Informationsformate (z. B. thematische Gesundheitstage, offene Sprechstunden, Workshops),*
- *Öffentlichkeits- und Vertrauensarbeit im Quartier, um schwer erreichbare Zielgruppen gezielt anzusprechen.*

In der Haushaltsplanung des Gesundheitsamtes sind keine finanziellen Mittel in der angegebenen Höhe eingeplant, eine Verortung beim Sozialamt ist mit Blick auf die Aufgabenstellung abzulehnen.

Die aufgeführten vier Punkte werden bereits in großen Teilen umgesetzt, nicht nur am Drosselberg, sondern auch am Berliner Platz, im Rieth, am Johannesplatz sowie weiteren sozioökonomisch benachteiligten Stadtteilen. Die entsprechenden Aktivitäten waren dem Jahresbericht der Stabstellen, vorgelegt zum SAG am 02.12.2025, zu entnehmen. Dies wird 2026 fortgeführt.

04

*Die Umsetzung erfolgt in enger Abstimmung mit den im Quartier bereits tätigen Fachämtern, Beratungsdiensten und freien Trägern, um bestehende Angebote sinnvoll zu ergänzen und Doppelstrukturen zu vermeiden.*

Die quartiersbezogenen Aktivitäten werden auch jetzt mit den Akteuren und Bürgern vor Ort abgestimmt. Neben Beteiligungsworkshops zu Bedarfslagen gab es mehrere Stadtteilrunden und die Teilnahme der GKV- Netzwerkkoordinatorin bspw. an Stadtteilkonferenzen und Quartiersrunden. Der aktive Austausch mit den Quartiersmanagern findet regelmäßig statt. Über die Fachplanerrunden und die Sitzungen zur ISRP laufen die ämterübergreifenden Abstimmungen zur Thematik

05

*Dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung ist spätestens im 1. Quartal 2027 ein zusammenfassender Evaluationsbericht vorzulegen. Auf dieser Grundlage soll geprüft werden, ob einzelne Angebotsbausteine weiterentwickelt, verstetigt oder in bestehende Strukturen integriert werden können.*

Eine Evaluation zur Angebotswahrnehmung am DBZ ist erforderlich. Die Bedarfsgerechtigkeit, Frequentierung und Effektivität der Angebote sind allerdings von gesamtstädtischem Interesse, so dass eine Festlegung erfolgen muss, in welchem Gremium die Evaluation zielführend vorgestellt werden sollte.

### **Zusammenfassung**

Mit Verstetigung der Stelle der GKV- Netzwerkkoordinatorin 2026 ist es trotz Personalknappheit und Ressourcenknappheit gelungen, sozialraumbezogene Aufgaben der Gesundheitsförderung zu sichern und fortzuentwickeln.

Der Standort Drosselbergzentrum ist dabei bereits als ämter- und akteursübergreifendes Modell zu verstehen. Dieses zu etablieren, bekannt zu machen und zu frequentieren ist Aufgabe der Beteiligten im Jahr 2026. Der Fokus muss dabei entsprechend unserer gesetzlichen Aufgaben auf dem Bereich niedrigschwelliger (Verweis-) beratung, Gesundheitsförderung und Prävention sowie

unsere gesetzlichen Pflichtaufgaben nach ÖGD-VO und ThürPsychKG beschränkt bleiben. Ärztliche und pflegerische Versorgungsleistungen liegen außerhalb der Zuständigkeiten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und sind mit dem bestehenden Personal auch nicht koordinierend zu realisieren.

Das Gesundheitsamt macht daher den Vorschlag die Leistungen am Drosselbergzentrum entsprechend als „Modellprojekt“ zu werten und nach der Laufzeit von 1 Jahr entsprechend auszuwerten. Die bereitgestellten Gelder können nach entsprechender korrekter Zuordnung für konkrete Projekte am DBZ verwendet werden. Konkrete Beispiele wären Vortragsreihen, Workshops oder Infonachmittage für verschiedene Altersgruppen.

**Fazit:**

**Aufgrund des bereits vorhandenen Modellprojetes „Drosselbergzentrum“, wo eine Evaluierung zur gegebenen Zeit auch vorgesehen ist, ist die vorgelegte Drucksache entbehrlich. Die im Haushalt 2026/2027 eingestellten 10.000 EUR (HH-St. 40000.65500) ist nicht im Haushalt des Gesundheitsamtes sondern Amts für Soziales eingestellt.**

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Anlagenverzeichnis

12.01.2026, gez. Melzer

Unterschrift Amtsleitung

Datum